

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen



Verlagsgesellschaft: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Dachritzstraße 12 bis 14 bzw. Süßbergstraße 1, Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16, Hauptfiliale: Cölnen Leipzigerstraße 34 (Tel. 7994) und Brunnenstr. 49 in Giebichenstein (Tel. 1103). Verantwortlich für die Redaktion: Hermann Braunes in Halle.

Nummer 45 Halle, Freitag den 22. Februar 1918

Zu den Verhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 22. Februar. Die Friedensverhandlungen mit Rumänien werden von Kühlmann und Czernin unmittelbar mit dem neuen rumänischen Ministerpräsidenten geführt...

Der Staatssekretär v. Kühlmann in Wien.

Wien, 22. Februar. Der kaiserliche deutsche Staatssekretär Dr. v. Kühlmann ist in Begleitung des Staatssekretärs v. Bösch heute um 11 Uhr vormittags in Wien eingetroffen...

Bericht der Obersten Heeresleitung.

Wien, 22. Februar. Großer Staffquartier, 22. Febr. Bekleidungs- und Bekleidungsangelegenheiten: In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minenwerfertruppen. Kleinere Ortungsangelegenheiten.

In den letzten 3 Tagen wurden im Luftkampf an der Erde und in feindliche Flugzeuge und zwei Heeresballons abgeschossen.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Desertrier wurden in großer Anzahl gefangen. Das erste Regiment hat sich dem deutschen Kommando unterstellt.

Unter dem Jubel der Bevölkerung sind unsere Truppen in Miesha einermüdet. Von dort berichten sie bis nach Luzern vor. Mindestens wird besetzt.

Heeresgruppe V. Linzinger.

Bei Unterstützung der Ukraine in ihrem Befreiungskampfe wurden Fortschritte erzielt. In Kovenshowskoi haben wir die Verbindung mit ukrainischen Streitkräften aufgenommen.

Außere Kolonnen marschieren auf Dubno. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der amtliche österreichische Heeresbericht.

Wien, 22. Februar. Amtlich wird veröffentlicht: Keine besonderen Ereignisse. Die Truppen der Oesterreichischen Linzinger haben Nowogradowka erobert.

Erste Belorussische der Regierung in Rom.

Rom, 22. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Giornale Italia“ mitteilt, wie in Anbetracht der ersten Belorussische der Regierung über die internationale politische Lage die Kammer unmittelbar nach der Sitzung am Sonnabend auf unbestimmte Zeit vertagt wurde.

Vor der Offensive im Westen.

Genf, 22. Februar. Die französischen Kriegsberichte erheben im englischen und französischen Hauptquartier wollen wissen, daß die deutsche Offensive unmittelbar bevorsteht. Das „Petit Journal“ meldet aus dem englischen Hauptquartier, daß der Stolz der Deutschen schwer und schmerzhaft sein werde.

Soppan zur elfstündigen Frage.

Berlin, 22. Februar. Im japanischen Abgeordnetenhaus kam die Frage der Förderung der Produktion, gelegentlich eines Antrages, der Regierung das Maßnahmen aus-

zuführen, auf Götter-Verträgen zu sprechen. Er führte aus, daß dies Programm nicht so sehr vom internationalen, wie vom prinzipiellen Standpunkt her betrachtet werden sollte. Der aller Besondere für Frankreich müßte noch die Frage gestellt werden, ob Götter-Verträge in diese Kategorie falle, wie die während des Krieges eroberten Gebiete. Wenn man von einer Desannexion Götter-Verträge spreche, so bedeutet dies ein Prinzip, dessen Anwendung auf andere unzutreffende Teile der Erde zu unangenehmen Verbindungen führen würde.

Ministerpräsident Weterle über die Verhandlungen mit Rumänien.

Budapest, 21. Februar. Im Abgeordnetenhaus sagte auf eine Anfrage über die Friedensverhandlungen mit Rumänien, Ministerpräsident Dr. Weterle: Mit Rumänien werden Verhandlungen geführt, bezüglich deren ich die Aufklärung erteilen kann, daß sie, wie ich hoffe, sicherlich demnächst zu Friedensverhandlungen führen werden.

Wir werden es selbstverständlich als Pflicht erachten, im Laufe der Verhandlungen unsere staatlichen Interessen nach jeder Richtung hin zu wahren. Die Bedingungen für die Friedensverhandlungen sind wohl noch nicht festgestellt, ja, ich kann auf einzelne territoriale Fragen, die in der Presse besprochen worden, nicht eingehen, denn diese hängen von internationalen Vereinbarungen ab.

Erklärung erteilt wird, der Handel verboten ist. Das Gesamtvermögen der in die Liste enthaltenen Firmen wird auf 300 Millionen Dollar geschätzt. Die Liste für Brasilien und Mexiko enthält mehr als 300 Namen. Die meisten Firmen sind deutsche, einige sind englisch, spanische, französische und portugiesische. Um dem Handel aber keine Schwierigkeiten zu machen, wird, wie das Kriegsministerium mitteilt, eine klassifizierte Liste nichtfeindlicher Firmen veröffentlicht, die dieselben Waren herstellen, wie die in der schwarzen Liste enthaltenen. Günstig sind alle amerikanischen Konsumgüter beantragt worden, Unterhandlungen vorzunehmen, um die schwarze Liste zu verkürzen.

Frankreich protektiert gegen den Sonderfrieden der Ukraine.

Paris, 22. Februar. Aus Brüssel wird gemeldet: Wolens erklärte gegenüber einem Journalisten, Frankreich habe die Unabhängigkeit der Ukraine nicht anerkannt. General Tschouk wurde konstatiert, bei der Rede gegen den Absicht des Sonderfriedens der Ukraine Protest einzulegen.

Die Kriegsziele der sozialistischen Union.

Genf, 22. Februar. Die freundschaftliche Sozialistische Union hat dem Sozialistenkongress in London eine Denkschrift über ihre Kriegsziele vorgelegt, darin wird u. a. auch die Aufteilung von Oesterreich-Ungarn verlangt. Für Italien begehrt sie die Vereinigung der im Italien gelegenen kaiserlichen mit dem Mutterlande und die Sicherung Italiens in der Adria und am Alban.

Gegen Lloyd Georges Kriegszielepolitik.

Bern, 21. Februar. Der ehemalige englische Minister Sir John Simon sagte in einer Rede in seinem Wahlkreis: Das deutsche Volk glaubt noch immer, daß wir es zu vernünftigen Bedingungen und Einverständnis an dem zu begeben werden. Wir müssen uns allerdings dessen fragen, ob wir dem auch wirklich etwas nützen können, um ihre Verhältnisse richtig zu stellen. Die ehemaligen Regierungen Russlands und Frankreichs haben ein solches Unverständnis getroffen, dessen Ziel war, Deutschland seines Territoriums bis zum Meere zu berauben. Ich würde für ein solches Ziel nicht ein einziges Soldaten opfern. Ich glaube, daß es unsere Pflicht ist, ausdrücklich und eindeutig diese und jene ähnliche Anzuegung, von welcher Seite sie auch immer kommen möge, zurückzuweisen. Es muß das große Ziel der englischen Politik werden, das deutsche Volk zu überzeugen, daß wir im Grunde genommen friedlich (?) und nicht aggressiv gefasst sind.

Die schwarze Liste der Amerikaner.

Washington, 21. Februar. Allgemein bekannt ist, daß das Kriegsministerium der Vereinigten Staaten die erste namentliche Liste der feindlichen Firmen, ungefähr 1000, in Süd- und Mittelamerika veröffentlicht, mit denen außer wenn besondere

Ermächtigung aber erlaube ich mir, zu bemerken, daß wir unsere Rechte wahren wollen. I. vom Gesichtspunkte der Vereinfachung, 2. vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte, 3. vom Gesichtspunkte des Verkehrs in Wasser und an Lande und 4. auch in der Richtung, daß jede Einmischung Rumäniens in unsere inneren Angelegenheiten unmöglich werde. Ja, wir legen auf einen Umstand, den der Interpellant nicht erwähnt, der uns aber nicht gleichgültig sein kann, Gewicht, darauf nämlich, daß die Lage unserer in Rumänien wohnenden Brüder in jeder Hinsicht gesichert werde.

Was die zweite Frage betrifft, daß die siebenbürgischen an den Friedensverhandlungen teilnehmen, so will ich erklären, daß es sich hier nicht um eine siebenbürgische Frage, sondern um eine Frage ganz Ungarns handelt, um die Frage, die wir alle nicht nur verstehen und kennen, sondern von der wir auch durchdrungen sein müssen.

Soll Rumänien Bekarabien erhalten?

Sofia, 21. Februar. Im Gegensatz zu der von einzelnen bulgarischen Politikern in der ausländischen Presse verbreiteten Ansicht, daß man in Bulgarien keinen Ginn

und danach erheben würde, falls die rumänischen Mandate auf Bekarabien von den Zentralmächten geschickt würden, werden hier immer mehr Stimmen laut, welche sich mit aller Geduldlosigkeit gegen diese Meinung aussprechen. Rumänische Politiker machen in der bulgarischen Presse dagegen geltend, daß jedwede, im gegenwärtigen Augenblicke Rumänien gegenüber besetzte Bukarabien sich in der Zukunft nicht rechtfertigen lassen und mit ihrer selbstthätigen Politik auch in Zukunft stets ihre Freunde verraten würden. Aus einige auf Rumänien anwendbare Politik sei die der radikalen politischen Partei anzuempfehlen. Nur der Rumänien eine bestimmte Anzahl in Bulgarien umfassen würde, könne auf seine Gefährlichkeit in Zukunft umfassen werden. Auch ist man der Meinung, daß ein Anschlag Bekarabien an Rumänien zu neuen Revolutionen Anlaß geben würde. Außerdem freudlich das allgemeine Beschäftigungsfeld dagegen, daß Rumänien für seinen beschleunigten Treubruch gewissermaßen jetzt eine Prämie erhalte.

Erlaubnis erteilt wird, der Handel verboten ist. Das Gesamtvermögen der in die Liste enthaltenen Firmen wird auf 300 Millionen Dollar geschätzt. Die Liste für Brasilien und Mexiko enthält mehr als 300 Namen. Die meisten Firmen sind deutsche, einige sind englisch, spanische, französische und portugiesische.

Strotzt montende Herrschaft.

London, 22. Februar. Nach einer Reihe der „Daily News“ aus Petersburg hielt der Rat der Bolschewikern, bevor die Manipulationsbefehle nach Berlin abgehen, eine Abstimmung und erklärte sich mit einer Stimmmehrheit gegen den Frieden. Es ist, der zuerst eintraten war bis zum ansetzen zu kämpfen, andere seine Meinung gab dadurch den Ausschlag. Er wird jetzt vermutlich zurücktreten. Man redet mit dem Sturz der Bolschewikern. Die Veröffentlichung der Manipulationsbefehle soll einen vollständigen Umsturz der Stimmung bei der Bevölkerung herbeiführen; man freut sich offenbar darüber, daß die Deutschen kommen werden.

Der Vormarsch und das Friedensangebot.

Berlin, 22. Februar. Wie ich aus diplomatischen Kreisen erlaube, ist der Staatssekretär von Rumänien ein sehr wohlgegründetes Friedensangebot abgelehnt worden, indem er den Rumänen sich hier in Berlin für durchaus entscheidend hält. Die Berliner Regierung will sich auf mehrere Verhandlungen mit der Bolschewikern-Regierung gar nicht einlassen, sondern die militärischen Operationen ruhig weitergehen lassen. Die russische Regierung hat mit diesen Friedensbedingungen zu leben und dann die Friedensbedingungen gemeinsam der russischen Regierung zu überreichen. Diese hat dann nur noch die Möglichkeit, anzunehmen oder abzulehnen. Die Unterhändler des Friedensvertrages werden nur noch nach Friedensbedingungen handeln, um einseitige die Unterhändler unter die Friedensbedingungen zu legen. Wenn die militärischen Operationen für die Russen noch weiterer Gebiete von Wichtigkeit ist, so ist das durchaus erwünscht.

Die Nationalliberalen und die Wehrheitsparteien.

Berlin, 22. Februar. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat heute nachmittags eine Sitzung abgehalten, in der über ihre Stellung zu den übrigen Wehrheitsparteien einmütige Beschlüsse gefaßt wurden. Diese Beschlüsse betreffen die Nationalliberalen und die Wehrheitsparteien, um einmütige die Unterhändler unter die Friedensbedingungen zu legen. Wenn die militärischen Operationen für die Russen noch weiterer Gebiete von Wichtigkeit ist, so ist das durchaus erwünscht.

Der Antrag auf Fortlassung Dittmanns vom Reichstag abgelehnt.

Berlin, 22. Februar. Der Reichstag hat den Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten auf Fortlassung des Herrn Dittmann für die Dauer der Sitzungsperiode, sowie die Trimenen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, von der Wote abgelehnt.

